

Wie Ortsteilinteressen abbilden?

Fraktionen können sich nicht auf einvernehmliche Lösung einigen

VON MICHAEL MIX

Achim – Mit welchen Instrumenten können die Belange der Ortsteile auf politischer Ebene am besten in der Stadt Achim vertreten werden? Ein Thema, bei dem die Fraktionen auch fast 50 Jahre nach der Gebietsreform 1972 nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner kommen, wie die Ratssitzung am Donnerstagabend einmal mehr zeigte. Verschiedene Beteiligungsmodelle sind für die nächste Wahlperiode, die im Herbst 2021 beginnt, im Gespräch, aber für keinen Vorschlag gibt es bisher eine Mehrheit.

Alle Fraktionen sind sich nur darin einig, dass die seit 1972 bestehenden Ortsausschüsse nicht mehr zeitgemäß seien. „Die haben sich überlebt“, hieß es mehrfach in der Sitzung von verschie-

dener Seite, ohne das näher zu begründen.

Der Bürgermeister sollte einmal im Jahr Bürgerversammlungen in jedem Ortsteil veranstalten, lautete ein Antrag der FDP, der dem Rat zur Abstimmung vorlag. Damit würden die Einwohner von Badenermoor bis Bollen nicht schlechter dastehen als bisher, „aber gleichzeitig könnte die Arbeitsbelastung der Verwaltung deutlich gesenkt werden“, erläuterte Hans Baum, Fraktionschef der Liberalen.

Herfried Meyer, Vorsitzender der Gruppe SPD/Mindermann, widersprach ihm postwendend. „Die Ortsteile und deren Bürger mit ihren vielen kleinen Angelegenheiten würden dadurch nicht genügend abgebildet“, äußerte der Sozialdemokrat. SPD/Mindermann hielten sogenannte Stadtteilkonferenzen,

die nicht vom Bürgermeister geleitet werden, und Ortsvorsteher für geeigneter.

CDU-Fraktionschefin Isabel Gottschewsky stimmte dieser Alternative teilweise zu, zum Teil aber auch nicht. Sie befürwortete Stadtteilkonferenzen, in denen der Bürgermeister jedoch präsent sein müsse, um den Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Ortsvorsteher seien bei solch einer Konstellation überflüssig.

„Für mich, für uns ist es wichtig, die Identität der Stadt Achim zu stärken“, erklärte Silke Thomas für die Grünen. Das Ortsteildenken müsse jetzt endlich überwunden werden.

Wolfgang Heckel (WGA) wünschte sich Versammlungen, in denen die Bürger ausreichend Gelegenheit haben, zu Wort zu kommen. „Warum etwas durch Ortsräte oder Ortsvorsteher aufbau-

schen“, äußerte er und verwies in diesem Zusammenhang auf Kosten für Gremien und Posten, die eingespart werden sollten.

Um die Hauptsatzung des Stadtrats ändern und irgendeine neuartige Interessenvertretung für die Ortsteile einführen zu können, müssten zwei Drittel der Abgeordneten dafür stimmen, also 26 der 39 Ratsmitglieder. Doch solch eine satte Mehrheit war am Donnerstagabend für keines der konkurrierenden Modelle in Sicht.

„Wir sollten nochmal über das Thema beraten, um zu einem großen Konsens zu gelangen“, schlug Herfried Meyer schließlich vor und regte die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe an. Sein Antrag, die Abstimmung in dieser Frage zu vertagen, wurde bei elf Gegenstimmen gebilligt.